
Thema	Abstimmungsempfehlung der Grünliberalen für den 27. November 2016
Datum	27. Oktober 2016
Für Rückfragen	Pietro Imhof, Präsident, Mobile +41 79 684 10 06
Absender	Grünliberale Partei Kanton Schwyz eMail pietro.imhof@grunliberale.ch Mobile +41 79 684 10 06, www.sz.grunliberale.ch

Abstimmungsempfehlung der Grünliberalen Kanton Schwyz für den 27. November 2016

Die Grünliberalen Kanton Schwyz empfehlen, die eidgenössische Volksinitiative „Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)“ anzunehmen.

Ja zur Eidg. Volksinitiative „Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)“

Die Mitglieder der Grünliberalen Kanton Schwyz haben letzte Woche an ihrer Mitgliederversammlung „Träff GLP SZ“ in Biberbrugg über die Atomausstiegsinitiative diskutiert und einstimmig die Annahme der Initiative beschlossen. Die Atomausstiegsinitiative fordert das Betriebsverbot für Kernkraftwerke (KKW) und maximale Laufzeiten von 45 Jahren für bestehende KKW; wenn es die Sicherheit verlangt, müssen diese auch schon früher abgeschaltet werden. Darüber hinaus fordert die Initiative eine Energiewende, die auf Einsparungen, Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren basiert. Mit Ausnahme der maximalen Laufzeiten für bestehende KKW verfolgt die Initiative somit die gleiche Stossrichtung wie die Energiestrategie 2050 des Bundesrates. Die Ausstiegsinitiative legt den Schwerpunkt auf die drei Es: Einsparungen, Energieeffizienz, erneuerbare Energien. Je nach Entwicklung der Technologien und den politischen Rahmenbedingungen werden die Potenziale unterschiedlich ausgeschöpft. Das Bundesamt für Energie rechnet in seinen neuesten Energieszenarien bis 2050 mit einem Einsparpotenzial von 24,4 TWh jährlich. Die Initiative sieht als spätesten Ausstiegszeitpunkt bereits das Jahre 2029 vor, wenn das KKW Leibstadt abgeschaltet wird.

Ja zum Ausstieg aus der Kernenergie!

Die Volksinitiative ist nicht die optimale Lösung, aber die einzige die einen Ausstiegsplan aus der Kernenergie anbietet und somit die Beste, die uns zur Verfügung steht. Der Bundesrat und das Parlament hatten es in der Hand einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, welche die Abschaltung der KKW Beznau 1, Beznau 2, und Mühleberg auf einen Zeitraum von 2017 bis 2021 vorgesehen hätte. Sie hätten auch ein Langzeitbetriebskonzept für die fünf KKW beschliessen können aber sie haben beides unterlassen. Bundesrat und Parlament haben keinen alternativen Plan zum Ausstieg aus der Kernenergie vorgelegt. Die Investitionsbereitschaft in erneuerbare Energien wie Wasser- Sonnen- und Windenergie ist von der Planbarkeit in der Energiewirtschaft abhängig. Mit der Ungewissheit, wie lange die fünf KKW noch am Netz sein werden, ist diese Planbarkeit nicht gegeben.

Zu den Schreckensszenarien, welche von den Gegnern der Atomausstiegsinitiative heraufbeschworen werden:

1. Blackoutgefahr:

Danach soll es 2017/18 zu Blackouts kommen, wenn die drei KKW Beznau 1, Beznau 2, und Mühleberg nicht mehr am Netz sind. Tatsache ist, dass zurzeit Beznau 1 und das KKW Leibstadt nicht am Netz sind und somit keine Energie liefern. Dazu ist zu bemerken, dass das KKW Leibstadt im Normalbetrieb mehr Energie liefert als die drei KKW Beznau 1, Beznau 2, und Mühleberg, welche 2017 abgeschaltet werden sollen. Gemäss dem Blackoutgefahr-Szenario müssten wir bereits solche Stromausfälle haben!

2. Dreckstromimportgefahr:

Unsere Schweizer Energiekonzerne produzieren bereits heute im Ausland mit eigenen Anlagen mehr erneuerbare Energie aus Sonne und Wind als die drei KKW Beznau 1, Beznau 2, und Mühleberg zusammen Energie aus der Kernspaltung. Diese erneuerbare saubere Energie muss ab 2018 in die Schweiz importiert werden.

Grünliberale Kanton Schwyz